

ANGEBOT

vom Bieter sind alle Formularfelder des Vordruckes auszufüllen.

Anschrift des Bieters

LEISTUNGSBESCHREIBUNG

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Leistung, Angaben über technische, ergänzende u. besondere Vertragsbedingungen (Besonderes: z.B. Teilung in Lose, mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen, Zulassen/Ausschließen von Nebenangeboten)	Menge und Einheit	Preis 2026* von 12/2026	Preis 2027* von 01/2027 – 12/2027	Preis 2028* von 01/2028 – 12/2028	Preis 2029* von 01/2029 – 12/2029	Preis 2030* Von 01/2030 – 12/2030	Gesamtbetrag aller Jahre in EUR, ohne USt.
1.	Durchführung eines Bewachungs- und Sicherheitsdienstes in den Flüchtlingsunterkünften Saalfeld, Hans-Gottwalt-Straße 2/3 inkl. dazugehörige Nebengebäude (245 h/Woche x 52 Kalenderwochen = 12.740 h/a)							

Lfd. Nr.	Bezeichnung der Leistung, Angaben über technische, ergänzende u. besondere Vertragsbedingungen (Besonderes: z.B. Teilung in Lose, mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen, Zulassen/Ausschließen von Nebenangeboten)	Menge und Einheit	Preis je Einheit in EUR, ohne Ust
	<p>Zusätzlich aufzuschlüsseln der Stundenlöhne* an:</p> <p>Tagschicht Werktagen (Montag - Samstag)</p> <p>Nachtschicht Werktagen (Montag - Samstag)</p> <p>Tagschicht Sonntagen</p> <p>Nachtschicht Sonntagen</p> <p>Tagschicht Feiertagen</p> <p>Nachtschicht Feiertagen</p> <p>*Zur Ermittlung der Stundenverrechnungssätze und der jeweiligen Preise, ist die beiliegende Kalkulation auszufüllen und bei Angebotsabgabe in Excel-Datei-Format mit abzugeben (Anlage 1). Für die Kalkulation der Angebote ist ausschließlich der zum Zeitpunkt der Veröffentlichung der Ausschreibung zuletzt allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag für das Sicherheitsgewerbe im Freistaat Thüringen maßgeblich.</p> <p>Dies gilt unabhängig davon, ob während der Angebotsfrist ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen oder bekannt gegeben wird, sofern dieser nicht vor Veröffentlichung der Ausschreibung bereits allgemeinverbindlich erklärt wurde.</p> <p>Für die Vertragsdurchführung gilt jeweils der aktuell gültige allgemeinverbindlich erklärte Tarifvertrag nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG).</p>	<p>EUR / Stunde</p> <p>EUR / Stunde</p> <p>EUR / Stunde</p> <p>EUR / Stunde</p> <p>EUR / Stunde</p> <p>EUR / Stunde</p>	<p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p> <p>.....</p>

Abschnitt: Grundsätzliches

1. Vorbemerkungen

Der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt ist verpflichtet, die durch den Freistaat Thüringen zugewiesenen geflüchteten Menschen nach dem ThürFlüAG¹ aufzunehmen, unterzubringen und zu betreuen. Hierbei handelt es sich um Menschen, mit besonders traumatischen Belastungen und mit Fluchterfahrungen.

Durch die Vergabe der Bewachungsleistung an einen Dienstleister erwartet der Landkreis Saalfeld-Rudolstadt den Sicherheitsbedürfnissen des Landkreises, dessen Bediensteten, der Bewohner und der Bürger nach Schutz des Lebens und des Eigentums Rechnung zu tragen. Die Sicherheit und Ordnung der zu bewachenden Objekte soll aufrecht erhalten sowie Gefahren und Schäden abgewendet und Menschen, Sach- und Vermögenswerte geschützt werden.

2. Anforderung an den Bieter

Bei dem Bieter muss es sich um ein für die ausgeschriebene Leistungen qualifiziertes Unternehmen handeln, welches das Bewachungsgewerbe nach § 34a der Gewerbeordnung ausübt. Befähigungsnachweis (Erlaubnis) gem. § 34a der Gewerbeordnung ist dem Angebot beizulegen.

Abschnitt: Leistungsprofil

3. Leistungsgegenstand

Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Durchführung eines Bewachungs- und Sicherheitsdienstes in folgenden Objekten:

A) Gemeinschaftsunterkunft Saalfeld
Hans-Gottwalt-Straße 2/3 in 07318 Saalfeld
(Unterkunft für maximal 211 Flüchtlinge)
einschließlich:

- Begegnungsstätte in der Prinz-Louis-Ferdinand-Straße 2
- Einzelunterkünfte in der Beulwitzer-Str. 19, 21, 23, 25, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47 sowie 49
(Gesamtkapazität: maximal 329 Flüchtlinge)

B) Gemeinschaftsunterkunft Rudolstadt
Jenaische Straße 14 in 07407 Rudolstadt
Haus 3/4 und Haus 9 (Rezeption)
(Unterkunft für maximal 391 Flüchtlinge)

Die Bewachung beginnt ab den 01.12.2026 und weist folgenden Umfang pro Objekt auf:

245 Stunden wöchentlich zu nachstehenden Zeiten:

- Montag bis Sonntag 00:00 Uhr bis 24:00 Uhr
→ Wachkraft für Einlass- und Pfortendienst einschließlich Durchführung von Kontrollgängen
- Montag bis Sonntag 19:00 Uhr bis 06:00 Uhr (Folgetag)
→ eine zusätzliche Wachkraft für Objektschutz.

Der Bewachungs- und Sicherheitsdienst dient der Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Sicherheit und Ordnung der jeweiligen Objekte sowie dem Schutz von Personen, Sach- und Vermögenswerten.

¹ Thüringer Gesetz über die Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern und anderen ausländischen Flüchtlingen vom 16. Dezember 1997 (GVBl S. 541) in seiner jeweils gültigen Fassung

Der Auftragnehmer hat bei der Leistungserbringung die Vorschriften der Verordnung über das Bewachungsgewerbe (BewachV) vom 10.07.2003 (BGBl. I S. 1378) in der jeweils gültigen Fassung einzuhalten.

Optionale Leistung (Leistungserweiterung)

Der Auftraggeber ist berechtigt, während der Vertragslaufzeit die nachfolgend beschriebene optionale Leistung für jedes unter Ziffer 3 genannte Objekt einzeln oder für mehrere Objekte gleichzeitig abzurufen.

Die optionale Leistung umfasst den Einsatz einer zusätzlichen Wachkraft für den Objektschutz an Samstagen, Sonntagen sowie gesetzlichen Feiertagen im Freistaat Thüringen jeweils in der Zeit von 07:00 Uhr bis 19:00 Uhr (12 Stunden täglich). Die Ausübung der Option erfolgt durch schriftliche Mitteilung des Auftraggebers mit einer Vorlaufzeit von mindestens vier Wochen zum vorgesehenen Leistungsbeginn.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die optionale Leistung nach Ausübung der Option vertragsgemäß zu erbringen.

Die Vergütung der optionalen Leistung erfolgt auf Grundlage der in Anlage 1 ausgewiesenen Stundenverrechnungssätze. Im Übrigen gelten die Regelungen zur Vergütung und Vergütungsanpassung gemäß Ziffer 14 dieser Leistungsbeschreibung.

Ein Anspruch des Auftragnehmers auf Abruf der optionalen Leistung besteht nicht.

4. Leistungsumfang

Der Auftragnehmer hat die nachfolgend beschriebenen Leistungen in dem unter Punkt 3 dieser Leistungsbeschreibung genannten Objekten zu erbringen. Die Leistungen umfassen insbesondere den Einlass- und Pfortendienst sowie den Objektschutz. Es sind Kontrolldienste (zu unterschiedlichen Tages- und Nachtzeiten) innerhalb und außerhalb der Unterkunft durchzuführen, um rechtzeitig Störungen und Gefahren zu erkennen sowie erforderliche Maßnahmen zu deren Beseitigung zu veranlassen. Sie dienen zur Verhinderung des unberechtigten Betretens bzw. Verlassens der Unterkunft und zur Verhinderung von Straftaten.

Eine geeignete Nachweisführung der Kontrollen ist sicherzustellen (siehe auch Ziffer 6 des Vertrages).

5. Leistungsvollzug

Zur Umsetzung seiner Leistungspflichten erlässt der Auftragnehmer eine Dienstanweisung gegenüber dem Wachpersonal.

Die Dienstanweisung ist durch den Auftragnehmer zu erstellen und dem Auftraggeber nach Zuschlagserteilung und zur vorherigen Genehmigung vorzulegen. Der Auftraggeber prüft die Dienstanweisung ausschließlich im Hinblick auf die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Mindestanforderungen sowie der einschlägigen gesetzlichen Vorschriften, insbesondere der Vorschriften des Bewachungsgewerbes. Die Dienstanweisung ist dem Auftraggeber spätestens zwei Wochen vor Beginn des Leistungszeitraums in digitaler Form zu übermitteln.

In der Dienstanweisung soll insbesondere geregelt werden:

5.1 Dienstvorbereitung:

Die Dienstvorbereitung umfasst das ordnungsgemäße Anlegen der Dienstkleidung sowie die Sicherstellung der vollen Dienstfähigkeit vor Schichtbeginn. Es wird ausdrücklich auf die Verhaltenspflichten (insbesondere das strikte Alkohol-/Rauschmittel- und Waffenverbot) gemäß Ziffer 8.2 dieser Leistungsbeschreibung verwiesen.

5.2 Dienstdurchführung:

Unter der Dienstdurchführung ist der Dienstantritt des Wachpersonals, der Aufenthalt im Objekt, die Regelung der Dienstpausen, das Dienstverhalten, die Dienstkleidung mit personalisiertem Dienstaussweis, sowie die Dienstübergabe und -übernahme, die dienstliche Meldekette und die Dienststelle und -ort zu verstehen.

5.3 Rechtsstellung und Weisungsrechte

Die Dienstanweisung hat die Rechte und Pflichten der eingesetzten Mitarbeiter, die weisungsbefugten Personen einschließlich deren Verantwortlichkeiten sowie die Durchführung von Dienstkontrollen zu regeln.

5.4 Aufgaben des Wachpersonals

Die Aufgaben des Wachpersonals umfassen unter anderem die Sicherstellung des Objektschutzes und die Durchführung von Zugangskontrollen einschließlich der Einhaltung der Sonderzutrittsrechte. Ebenfalls werden Sie zur Einhaltung der Arbeitssicherheit, dem Daten-, Informations- und Geheimschutz und des Umweltschutzes verpflichtet. Nicht dienstbezogene Nebenarbeiten sind verboten. Darüber hinaus werden das Verhalten des Wachpersonals in Brand- und Einbruchssituationen, der Umgang beim Auffinden verdächtiger Gegenstände sowie das Vorgehen in Notfällen geregelt. Die Dienstanweisung enthält außerdem eine Auflistung der Notrufnummern für Gefahrensituationen sowie Vorgaben zur Eigensicherung der Mitarbeiter.

Eine inhaltliche Definition der Dienstdurchführungsabläufe erfolgt zum Auftaktgespräch nach Zuschlagserteilung.

5.5 Anpassung der Dienstanweisung

Die Dienstanweisung kann während der Vertragslaufzeit angepasst werden, soweit dies erforderlich ist. Anpassungen erfolgen in Schriftform und im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer.

Anpassungen sind insbesondere zulässig bei Änderungen gesetzlicher Vorschriften, bei sicherheitsrelevanten Erfordernissen sowie bei organisatorischen Änderungen in den zu bewachenden Einrichtungen des Auftraggebers.

6. Objektorganisation

6.1 Dienstpläne und Einweisung

Die Leistungserbringung erfolgt auf Grundlage eines vom Auftragnehmer zu erstellenden Dienstplans. Der Dienstplan ist so zu gestalten, dass die in dieser Leistungsbeschreibung festgelegten Einsatzzeiten, Besetzungstärken und Aufgaben im Rahmen der vertraglichen Organisation eingehalten werden.

Die objektspezifische Einweisung des eingesetzten Wachpersonals erfolgt bei Übernahme der Leistung durch den Auftraggeber oder einen von ihm benannten Vertreter vor Ort.

6.2 Dokumentation der Dienstdurchführung

Der Auftragnehmer führt ein elektronisches Wachbuch, das dem Auftraggeber im Rahmen der datenschutzrechtlichen Vorgaben Zugriff und Einsicht ermöglicht.

Das elektronische Wachbuch hat mindestens die nachfolgenden Dokumentationen zu enthalten:

- Dienst- und Schichtpläne
- Dokumentation der Dienstübernahme und Dienstübergabe
- Erfassung besonderer Feststellungen, Ereignisse und Vorkommnisse
- Nachweise über Kontrollgänge mittels Wächterkontrollsystem oder vergleichbarer technischer Lösung
- objektspezifische Dokumente, insbesondere Dienstanweisungen

Die Zugangsdaten zum elektronischen Wachbuch sind spätestens zum Beginn der Vertragslaufzeit bereitzustellen.

Die Eintragungen des Vortages sind täglich bis 08:00 Uhr in Form einer Auswertung an den Auftraggeber zu übermitteln. Die Übermittlung hat unter Einhaltung der datenschutzrechtlichen Anforderungen zu erfolgen, insbesondere durch geeignete gesicherte elektronische Kommunikationswege (z. B. verschlüsselte E-Mail).

6.3 Technische Ausstattung

Der Auftragnehmer stellt die für die Leistungserbringung erforderliche technische Ausstattung zur Verfügung. Diese umfasst mindestens Funkkommunikationsgeräte, IT-Arbeitsplätze zur Durchführung der Dokumentation sowie dienstliche Mobiltelefone oder vergleichbare Kommunikationsmittel.

Die Bereitstellung umfasst Lieferung, Installation, Betrieb, Wartung sowie die Sicherstellung der Funktionsfähigkeit während der gesamten Vertragslaufzeit. Die hierfür entstehenden Kosten trägt der Auftragnehmer.

6.4 Hausordnung

Für die jeweiligen Objekte gelten die als Anlagen 2.1 und 2.2 beigefügten Hausordnungen. Diese werden Bestandteil des Vertrages.

Der Auftragnehmer hat im Rahmen seiner vertraglichen Befugnisse darauf hinzuwirken, dass Verstöße gegen die Hausordnung verhindert und festgestellte Verstöße unterbunden werden. Festgestellte Verstöße oder sicherheitsrelevante Störungen sind zu dokumentieren und dem Auftraggeber unverzüglich zu melden.

6.5 Abstimmung und Qualitätssicherung

Mindestens einmal pro Quartal findet ein Jour fixe zwischen dem Inspekteur, der Objektleitung und dem Auftraggeber statt.

Gegenstand der Gespräche sind insbesondere die Auswertung der bisherigen Leistungserbringung, die Erörterung besonderer Vorkommnisse sowie die Abstimmung möglicher Optimierungsmaßnahmen. Soweit erforderlich, können hierbei auch Anpassungsbedarfe der Dienstanweisung erörtert werden, die gemäß den vertraglichen Regelungen umzusetzen sind.

Der zeitliche Aufwand für die Teilnahme an den Jour fixe-Terminen ist in die Kalkulation des Angebots einzubeziehen.

6.6 Qualitätssicherungsmaßnahmen – Fragebogen

6.6.1 Mindestanforderungen

Die Bieter haben sämtliche in dieser Leistungsbeschreibung festgelegten Mindestanforderungen zwingend einzuhalten. Eine Unterschreitung dieser Anforderungen ist ausgeschlossen.

Zu den Mindestanforderungen zählen insbesondere:

- maximale Reaktionszeit von 3 Stunden, wenn Wachpersonal ausfällt und ersetzt werden muss
- Sprachkenntnisse des eingesetzten Wachpersonals mindestens Niveau B1 GER
- Sachkundeprüfung gemäß § 34a GewO sowie gültige Erste-Hilfe-Ausbildung
- Durchführung eines Jour fixe mindestens einmal pro Quartal
- Durchführung von Eigenkontrollen durch den Inspekteur mindestens einmal monatlich

6.6.2 Qualitätsfragebogen / garantierte Leistungen

Die Bieter haben im Rahmen eines Fragebogens (Anlage 3) die von ihnen angebotenen und verbindlich zugesicherten Qualitätsleistungen anzugeben. Diese werden bei Zuschlagserteilung Bestandteil des Vertrages.

Je Bewertungsmaßnahme ist genau eine Angabe auszuwählen; Mehrfachangaben sind unzulässig und führen zum Ausschluss des Angebots.

Die Einhaltung der zugesagten Leistungen wird während der Vertragsdurchführung überwacht. Bei Nichteinhaltung kann der Auftraggeber unbeschadet weitergehender gesetzlicher oder vertraglicher Rechte eine Vertragsstrafe in Höhe von 2 % des monatlichen Nettovergütungsanspruchs je nicht erfüllter Leistung geltend machen.

Die im Fragebogen erzielte Gesamtpunktzahl wird zur Bewertung der Qualität im Rahmen der Angebotswertung herangezogen.

Abschnitt: Zuverlässigkeit

7. Eignung des Auftragnehmers (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit)

Der Auftragnehmer weist seine Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit gemäß den Vorgaben des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Vergabeverordnung (VgV) nach. Der Nachweis der Eignung erfolgt zunächst ausschließlich durch Vorlage des vollständig ausgefüllten Formblatts 124 LD. Dieses ist mit dem Angebot einzureichen.

Zusätzlich sind mit dem Angebot folgende Unterlagen vorzulegen:

- Kalkulation gemäß Anlage 1 zur Angebotsprüfung, Preiswertung sowie für etwaige zulässige Preisanpassungen während der Vertragslaufzeit
- Fragebogen zur Qualitätssicherung gemäß Anlage 3
- Referenzliste über mindestens drei vergleichbare Aufträge aus den letzten fünf Geschäftsjahren gemäß Anlage 4
- Nachweis der Befähigung gemäß § 34a Gewerbeordnung
- Gewerbeanmeldung sowie ggf. erforderliche gewerberechtliche Erlaubnis
- Nachweis über eine Betriebshaftpflichtversicherung einschließlich Schlüsselverlustversicherung mit folgenden Mindestdeckungssummen je Schadensfall:
 - 3.000.000 EUR für Personen- und Sachschäden
 - 250.000 EUR für Vermögensschäden
 - 100.000 EUR für Schlüsselverlustschäden

Der Nachweis über das Bestehen der Betriebshaftpflichtversicherung ist durch eine Bestätigung des Versicherungsunternehmens oder eine entsprechende Versicherungsbescheinigung mit dem Angebot vorzulegen. Die Deckung muss während der gesamten Vertragslaufzeit gewährleistet sein.

Die mit dem Angebot vorzulegenden Unterlagen ergeben sich ergänzend aus der Anlage zur Angebotsaufforderung (Checkliste).

Abschnitt: Personaleinsatz

8. Allgemeine Personalanforderung

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich geeignetes und zuverlässiges Personal zur Leistungserbringung einzusetzen. Dies gilt auch für Vertretungspersonal bei Urlaub, Krankheit oder sonstigen Abwesenheiten. Das Vertretungspersonal muss die Dienstleistung im gleichen zeitlichen, räumlichen und inhaltlichen Umfang erbringen und die gleichen Anforderungen erfüllen wie regulär eingesetztes Personal.

Insbesondere erklärt es das Vorliegen folgender Voraussetzungen:

8.1 Qualifikationen und Nachweise – Eignungs- und Mindestanforderungen

- a) Der Auftragsnehmer verpflichtet sich, ausschließlich im Rahmen der Leistungserbringung eingesetztes Personal mit mind. der Sprachstufe B1 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen für Sprache Deutsch (GER) einzusetzen. Der Nachweis der Sprachkenntnisse ist durch geeignete und nachvollziehbare Unterlagen (insbesondere Zertifikate, Zeugnisse oder gleichwertige Nachweise des Arbeitgebers) zu erbringen. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Nachweise jederzeit im Rahmen der Vertragsdurchführung zu überprüfen.
- b) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, ausschließlich Personal mit ständigem Wohnsitz in der Europäischen Union (EU) bzw. Europäischen Freihandelsassoziation (European Free Trade Assoziation –EFTA-) einzusetzen.
- c) Der Auftragnehmer stellt sicher, dass das von ihm eingesetzte Personal jederzeit im Besitz gültiger Aufenthalts- und Arbeitserlaubnisse ist und den gesetzlichen Melde- und Nachweispflichten entsprochen wird.
- d) Der Auftragnehmer erklärt, dass ausschließlich beim Ordnungsamt als Sicherheitsmitarbeiter gemeldetes Personal zum Einsatz kommt und dass für das eingesetzte Personal ein aktuelles erweitertes polizeiliches Führungszeugnis ohne Eintragungen vorliegt, welches nicht älter als 6 Monate zum Zeitpunkt des Einsatzes ist. Dieses wird alle 2 Jahre zum Zeitpunkt der Übernahme des ersten Dienstes in den Objekten erneuert.
- e) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dass es und die von ihm eingesetzten Mitarbeiter die Bestimmungen des § 34a GewO vollständig erfüllen und demnach eine Sachkundeprüfung oder einen davon befreienden Berufsabschluss besitzen. Eine Unterrichtsbescheinigung des eingesetzten Personals ist nicht ausreichend.
- f) Der Auftragnehmer weist eine Zertifizierung nach DIN 77200-1:2022-10 oder ein gleichwertiges Qualitätsmanagementsystem für Sicherheitsdienstleistungen nach.
Ein gleichwertiges System liegt vor, wenn durch geeignete Unterlagen nachgewiesen wird, dass ein strukturiertes und dokumentiertes Organisations- und Qualitätsmanagementsystem für die Erbringung von Sicherheitsdienstleistungen besteht.
Die Gleichwertigkeit ist insbesondere dann gegeben, wenn das System Regelungen und Verfahren zu folgenden Bereichen umfasst:
 - Organisationsstruktur und Verantwortlichkeiten für die Leistungserbringung,
 - Einsatz- und Personalorganisation,
 - Auswahl, Qualifikation, Schulung und Weiterbildung des eingesetzten Personals,
 - Dienst- und Einsatzanweisungen sowie geregelte Arbeitsabläufe,
 - Qualitätssicherung einschließlich interner Kontrollen und Maßnahmen zur Mängelbeseitigung,
 - Erfassung, Auswertung und kontinuierliche Verbesserung der Leistungserbringung.Der Nachweis ist durch geeignete Unterlagen zu erbringen (z. B. Zertifikate, Organisations- und Prozessbeschreibungen, Dienstanweisungen, Schulungskonzepte oder Nachweise über interne Kontrollen). Der Auftraggeber prüft die Gleichwertigkeit anhand der vorgelegten Unterlagen danach, ob ein dokumentiertes Qualitätsmanagementsystem vorliegt, das in seiner Gesamtheit eine mit der DIN 77200-1:2022-10 vergleichbare Organisation, Durchführung und Kontrolle der Sicherheitsdienstleistungen sicherstellt.
- g) Das vom Auftragnehmer eingesetzte Personal verfügt über eine abgeschlossene Erste-Hilfe-Ausbildung oder die Qualifikation zum betrieblichen Ersthelfer. Auffrischungen sind in regelmäßigen Abständen, mindestens alle drei Jahre, sicherzustellen.

- h) Der Auftragnehmer verpflichtet sich, dass von ihm zum Einsatz vorgesehene Personal in die Grundzüge des Datenschutzes sowie auf die Wahrung des Sozialdatenschutzes, des Datengeheimnisses und des Steuergeheimnisses einzuweisen. Die Einweisung ist schriftlich zu dokumentieren. Der Auftragnehmer legt dem Auftraggeber auf Anforderung Kopien dieser Verpflichtungserklärungen vor.

Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, weitere Unterlagen anzufordern oder Überprüfungen vorzunehmen.

8.2 Verhalten und Auftreten - Ausführungsbedingung

- a) Das Wachpersonal hat freundlich, höflich und deeskalierend aufzutreten. Das Verhalten gegenüber den Asylbewerbern darf zu keiner Vertraulichkeit führen. Eine Annahme von Geschenken/Belohnungen ist untersagt. Die Offerte eines Geschenkes/Belohnung ist unverzüglich den Auftraggeber schriftlich anzuzeigen.
- b) Dem Auftraggeber wird ein Mitspracherecht bei der Auswahl des in den Objekten eingesetzten Personals sowie deren Einsatz eingeräumt. Der Auftraggeber ist berechtigt, aus sachlichem Grund den Einsatz einzelner Mitarbeiter abzulehnen. Die Personaldisposition bleibt ausschließlich beim Auftragnehmer. Darüber hinaus ist der Auftraggeber berechtigt, Anweisungen zum Dienstablauf gegenüber dem eingesetzten Wachpersonal in den benannten Objekten sowie zum generellen Dienstbetrieb zu erteilen.
- c) Auskünfte an Bewohner oder Dritte sind ausschließlich im Rahmen dienstlicher Erforderlichkeit und auf allgemeine, anlassbezogene Fragen zu beschränken. Wertende oder persönliche Äußerungen sind zu unterlassen.
- d) Das Wachpersonal des Auftragnehmers trägt im Rahmen ihrer Dienstverrichtung eine einheitliche, der Witterung entsprechende, saubere und vollständige Dienstbekleidung sowie eine Namenskennzeichnung. Die Bewachungsleistungen sind grundsätzlich unbewaffnet durchzuführen. Ausnahmen bedürfen der ausdrücklichen Zustimmung des Auftraggebers. Stichschutzwesten sind in jeder Liegenschaft durch den Auftragnehmer für das Wachpersonal in ausreichender Anzahl vor zu halten.
- e) Für das diensthabende Wachpersonal besteht während der Dienstausbübung ein Rauchverbot innerhalb der Objekte sowie ein absolutes Alkoholverbot. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass das eingesetzte Personal den Dienst frei von Alkohol, Drogen oder sonstigen berauschenden bzw. die Leistungsfähigkeit beeinträchtigenden Mitteln antritt. Der Auftraggeber ist berechtigt, erkennbar beeinträchtigtes Personal vom Dienst auszuschließen und unverzüglich geeigneten Ersatz zu verlangen.
- f) Personal des Auftragnehmers, das an einer Krankheit nach §§ 6 bzw. 34 IfSG (Infektionsschutzgesetz) erkrankt oder dessen verdächtig ist, darf die Räumlichkeiten des Auftraggebers nicht betreten, bis nach dem Urteil des behandelnden Arztes oder des örtlich zuständigen Gesundheitsamtes eine Weiterverbreitung der Krankheit durch das Wachpersonal nicht mehr zu befürchten ist.
- g) Der Einsatz in den ausgeschriebenen Objekten ist nur für Personal zulässig, wenn dieses die gesetzlichen Anforderungen des Masernschutzgesetzes erfüllen. Dies gilt ausschließlich für den Personenkreis, welcher nach dem 31.12.1970 geboren worden ist. Der Impfschutz ist bei den entsprechenden Personen bei Vertragsbeginn sowie bei Personalwechsel auf Verlangen vorzuweisen.

9. Inspekteur

Der Auftragnehmer benennt für die Vertragsdurchführung einen Inspekteur als zentralen Ansprechpartner für den Auftraggeber. Dieser ist für die Koordination und Sicherstellung der vertragsgemäßen Leistungserbringung in den zu bewachenden Objekten verantwortlich. Die unternehmerische Gesamtverantwortung des Auftragnehmers bleibt unberührt.

Anforderungen:

- Regelmäßige anlassbezogene Abstimmung mit dem Auftraggeber, mindestens einmal monatlich
- Teilnahme am Jour Fixe
- Durchführung und Dokumentation von Eigenkontrollen in den jeweiligen Objekten mind. einmal monatlich
- Organisation, Planung und Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Betriebsablaufs
- Erkennen und Korrigieren von Abweichungen in der Auftragserfüllung
- Sicherstellung der vertragsgemäßen Qualität der erbrachten Leistungen
- Fachliche Anleitung, Einsatzplanung und Kontrolle des eingesetzten Personals
- Koordination des Personaleinsatzes einschließlich Sicherstellung einer unterbrechungsfreien Besetzung
→ bei plötzlichem personellen Ausfall ist innerhalb von max. 3 Stunden ein Ersatz des Wachpersonals vor Ort zu stellen
- Einhaltung aller einschlägigen gesetzlicher und behördlicher Bestimmungen
- Sicherstellen der Erreichbarkeit während und außerhalb der Dienstzeit

- Vorhalten einer aktuellen Personaleinsatzliste der Sicherheitsmitarbeiter
- tägliche Bereitstellung des elektronischen Wachbuches an den Vertreter des Auftraggebers vor Ort

10. Objektleitung

Der Auftragnehmer benennt innerhalb jeder Liegenschaft eine Wachperson zum Objektleiter. Der Objektleiter ist Ansprechpartner für den Vertreter des Auftraggebers vor Ort, wenn es um spezifische Liegenschaftsangelegenheiten geht.

Anforderungen:

- Sicherstellung der Einhaltung der Bestimmungen zu Ausrüstung, Dienstbekleidung sowie dem Auftreten des eingesetzten Wachpersonals
- Sicherstellung der Einhaltung von Ordnung und Sauberkeit in den zugewiesenen Personal- und Funktionsräumen des Auftraggebers
- Überprüfung auf Vollständigkeit und Lesbarkeit der zu führenden Unterlagen (elektronisches Wachbuch, Besucherbücher, etc.)
- Überprüfung auf Vollständigkeit und Funktionsfähigkeit der erforderlichen Arbeitsmittel
- Sicherstellung einer vollständigen und fristgerechten Berichterstattung an den Vertreter des Auftraggebers vor Ort
- Teilnahme an durch den Auftraggeber angesetzten Jour-Fixe-Terminen

11. Wachpersonal

Die Sicherheitsmitarbeiter müssen nachweislich eine Sachkundeprüfung sowie einen Erste-Hilfe-Lehrgang bzw. die Befähigung zum betrieblichen Ersthelfer erfolgreich absolviert haben (gem. Abschnitt 8.1 Qualifikationen und Nachweise).

Aufgaben:

- Sicherung des Außengeländes sowie der Gebäude
- Durchführung von mind. 2 abgestimmten Kontrollgängen je Schicht zur Überprüfung der Objektsicherheit innerhalb und außerhalb der Gebäude
- Kontrolle der Verschlusssicherheit von Türen, Fenstern und sicherheitsrelevanten Bereichen gemäß objektspezifischer Festlegung
- Schlüsselverwaltung
- Kontrolle von abgestellten Fahrzeugen auf den Liegenschaften und Einleitung von Maßnahmen gegen Parkverstöße
- Durchführung von Zugangs- und Einlasskontrollen von Bediensteten, Besuchern, Mitarbeitern von Fremdunternehmen
- Entgegennahme und ggfs. Weiterleitung von Post- und Warensendungen gemäß den Vorgaben des Auftraggebers
- unverzügliche Meldung und Weiterleitung von Störungen, Havarien und sicherheitsrelevanten Vorkommnissen
- Mitwirkung bei der Einhaltung der geltenden Brandschutz- und Sicherheitskonzepte
- Durchsetzung der Einhaltung der Hausordnungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit
- Ordnungsgemäße und nachvollziehbare Führung der erforderlichen Dokumentationen (z. B. Wachbuch, Besucherlisten)
- Sicherstellung eines ordnungsgemäßen Zustands der genutzten Aufenthaltsbereiche, insbesondere hinsichtlich Sauberkeit und Einhaltung der geltenden Nutzungsregeln

12. Tariflohn

12.1 Tariflohn und Bewertungsgrundlage

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die eingesetzten Arbeitnehmer mindestens entsprechend dem tariflich vereinbarten Entgelt (Tariflohn) des jeweils einschlägigen und nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrags für das Sicherheitsgewerbe zu vergüten.

Für die Angebotswertung wird der zum Zeitpunkt der Bekanntmachung der Ausschreibung allgemeinverbindliche Tariflohn zugrunde gelegt. Nachträgliche Änderungen tariflicher Entgeltregelungen nach Veröffentlichung der Ausschreibung haben keine Auswirkungen auf die Angebotswertung.

Für die Vertragsdurchführung ist der jeweils aktuell gültige Tariflohn anzuwenden. Tarifliche Änderungen werden im Rahmen der vertraglich vorgesehenen Regelungen zur Anpassung von Lohn- und Kostenbestandteilen berücksichtigt (vgl. Regelungen zu Preis- und Vergütungsanpassungen).

12.2 Nachweise und Kontrolle

Der Auftraggeber ist berechtigt, die Einhaltung der tariflichen Entgelt- und Sozialversicherungspflichten im Rahmen der Vertragsdurchführung zu überprüfen.

Auf Verlangen sind geeignete Nachweise vorzulegen, insbesondere:

- Nachweise über die Zahlung des tariflichen Entgelts (z. B. anonymisierte Lohnabrechnungen)
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der zuständigen Sozialversicherungsträger
- Nachweise über die ordnungsgemäße Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen

Der Auftragnehmer stellt sicher, dass die genannten Verpflichtungen auch von eingesetzten Nachunternehmern eingehalten werden.

Abschnitt: Schlüssel

13. Schlüssel

Die für die Durchführung des Bewachungsvertrags erforderlichen Schlüssel werden dem Auftragnehmer gegen schriftliches Übergabeprotokoll ausgehändigt. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die überlassenen Schlüssel sorgfältig und sicher aufzubewahren sowie gegen Verlust, Diebstahl und missbräuchliche Verwendung zu sichern.

Bei Verlust eines überlassenen Schlüssels haftet der Auftragnehmer im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften für den daraus entstehenden Schaden.

Der zu ersetzende Schaden kann insbesondere umfassen:

- die Kosten der Ersatzbeschaffung des verlorenen Schlüssels
- die Kosten für den aus Sicherheitsgründen erforderlichen Austausch von Schließzylindern oder Schließanlagen, soweit ein solcher Austausch im Einzelfall erforderlich ist

Die Erforderlichkeit und der Umfang von Sicherungsmaßnahmen sind unter Berücksichtigung der konkreten Gefährdungslage zu beurteilen.

Jedweder Verlust von überlassenen Schlüsseln hat der Auftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber unverzüglich und unaufgefordert schriftlich anzuzeigen. Ein Verlust während der Nachtzeit ist spätestens am darauf folgenden Morgen den Vertreter des Auftraggebers vor Ort mitzuteilen. Der Verlust ist zusätzlich im elektronischen Wachbuch zu dokumentieren.

Abschnitt: Vergütung und Abrechnung

14. Abrechnung

Die in der Leistungsbeschreibung sowie in der Kalkulation zur Ermittlung des Stundenverrechnungssatzes (Anlage 1) angegebenen Preise gelten grundsätzlich während der gesamten Vertragslaufzeit. Der in der Kalkulation ausgewiesene produktive Stundenlohn muss mindestens dem zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe gültigen, nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz allgemeinverbindlichen Tarifvertrag für das Sicherheitsgewerbe im Freistaat Thüringen entsprechen.

Optionale Leistung gem. Punkt 3 der Leistungsbeschreibung:

Bei einer nachträglichen Zusatzvereinbarung, werden die kalkulierten Stundenverrechnungssätze zugrunde gelegt. Die vereinbarten Preise werden bei nachgewiesenen tariflichen und/oder allgemeinverbindlichen Lohnänderungen oder bei Änderungen der gesetzlichen Sozialaufwendungen angepasst. Die Anpassung erfolgt in der Kalkulationstabelle zur

Ermittlung des Stundenverrechnungssatzes (Anlage 1). Darüber hinausgehende Erhöhungen müssen dem Auftraggeber schriftlich dargelegt und begründet werden. Sie bedürfen der Bestätigung durch den Auftraggeber. Andere Kostenbestandteile, insbesondere Gemeinkosten und Unternehmergewinn, bleiben von Preisanpassungen unberührt. Kommt eine Einigung über die neuen Preise nicht zu stande, gelten die bisherigen Preise fort. Das Recht zur Kündigung nach den vertraglichen Regelungen gem. Ziffer 15 c dieses Vertrages bleibt unberührt.

Ab Vertragsbeginn hat der Auftragnehmer objektweise, monatlich nachträglich, eine nachprüfbare Rechnung in 1-facher Ausfertigung ab dem 09. des nachfolgenden Monats der Leistungserbringung beim Auftraggeber einzureichen, so dass Beanstandungen aus dem Vormonat in der Rechnung berücksichtigt werden können. Es wird ein monatlicher Pauschalbetrag in Rechnung gestellt. Als Abrechnungsgrundlage dient die Kalkulation gem. Anlage 1. Der Pauschalbetrag ergibt sich aus ein Zwölftel der Jahressumme pro Objekt. Der Rechnung ist zusätzlich ein Leistungsnachweis pro Monat beizufügen, welcher vorher durch den Auftraggeber gegenzuzeichnen ist.

Der Vergütungsanspruch wird monatlich, 30 Tage nach Zugang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung fällig.

Die Rechnungen können in digitaler Form an folgende Adresse gesandt werden:

rechnung@kreis-slf.de

mit folgender Rechnungsanschrift:

Landratsamt Saalfeld-Rudolstadt
Gebäude- und Liegenschaftsverwaltung
Schloßstr. 24
07318 Saalfeld

Abschnitt: Vertragslaufzeit

15. Vertragsdauer und -beendigung

15.1 Vertragsdauer

Der Vertrag beginnt in Rudolstadt und Saalfeld am 1. Dezember 2026 und endet regulär am 31. Dezember 2030.

Der Vertrag kann optional um 1 Jahr verlängert werden. Die Verlängerung erfolgt automatisch, wenn der Vertrag nicht spätestens zwölf Monate vor Ablauf der Vertragslaufzeit schriftlich gekündigt wird. Die maximale Vertragslaufzeit geht somit bis zum 31. Dezember 2031.

Es wird eine Probezeit von 6 Monaten vereinbart.

15.2 Ordentliche Kündigung:

- a) Während der Probezeit kann der Vertrag durch den Auftraggeber mit einer Frist von 28 Kalendertagen ohne Angabe von Gründen jeweils zum Monatsende gekündigt werden.
- b) Kommt eine Einigung über die neuen Vertragspreise entsprechend Ziffer 14 nicht zustande, kann der Vertrag auch vor seinem Ablauf des 30. Dezember 2030 mit einer Frist von 6 Monaten zum Monatsende gekündigt werden. Geht das Kündigungsschreiben spätestens am 3. Werktag des Kündigungsmonats ein, so gilt die Frist als gewahrt.
- c) Der Auftraggeber kann den Vertrag hinsichtlich einzelner Objekte oder einzelner Leistungsteile mit einer Frist von 28 Kalendertagen zum Ende eines Kalendermonats ganz oder teilweise kündigen, sofern ein Objekt oder Teile eines Objekts dauerhaft oder vorübergehend nicht mehr genutzt werden oder nicht mehr genutzt werden sollen.

15.3 Außerordentliche Kündigung:

Ein außerordentliches Recht zur fristlosen Kündigung des Vertragsverhältnisses aus wichtigem Grund bleibt unberührt.

Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

- a) einer der Vertragspartner trotz schriftlicher Abmahnung
 - ihm obliegende Verpflichtungen wiederholt verletzt oder
 - die geschuldete Leistungen wiederholt nicht vollständig, nicht rechtzeitig oder in schlechter Qualität erbringt oder

- in sonstiger Weise gegen wesentliche Vertragspflichten verstößt;
- b) über das Vermögen des Auftragnehmers ein Insolvenzverfahren eröffnet wird oder mangels Masse abgelehnt wird,
- c) der Auftragnehmer Mitarbeitern des Auftraggebers Geschenke oder andere Vorteile im Sinne der §§ 331 ff StGB und § 12 Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb anbietet, verspricht oder gewährt,
- d) der Auftrag unter Verletzung der Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zustande gekommen ist,
- e) der Freistaat Thüringen die Kostenerstattung gegenüber dem Auftraggeber einstellt.

15.4 Vertragsübernahme bei vorzeitiger Beendigung (Überprüfungsklausel gemäß § 132 Abs. 2 Nr. 1 GWB)

Für den Fall, dass der Vertrag innerhalb der ersten sechs Monate nach Vertragsbeginn vorzeitig beendet wird, gilt folgende vorab festgelegte Vertragsänderung:

Der Auftraggeber ist berechtigt, den Auftrag ohne Durchführung eines neuen Vergabeverfahrens auf den im ursprünglichen Vergabeverfahren nächstplatzierten geeigneten Bieter zu übertragen.

Voraussetzung hierfür ist, dass eine dokumentierte Rangfolge aus dem ursprünglichen Vergabeverfahren vorliegt und der betreffende Bieter nach aktueller Prüfung weiterhin geeignet ist und keine zwingenden Ausschlussgründe nach §§ 123, 124 GWB vorliegen.

Der Bieter ist in diesem Fall verpflichtet, vor Übernahme der Leistung eine aktuelle Eigenerklärung zur Eignung sowie zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen abzugeben. Der Auftraggeber ist berechtigt, diese Angaben durch geeignete Nachweise zu überprüfen.

Die Übernahme erfolgt zu den Bedingungen des ursprünglichen Angebots des jeweiligen Bieters. Eine Änderung der Preise oder sonstigen Vertragsbedingungen ist ausgeschlossen, soweit nicht zwingende gesetzliche oder tarifliche Änderungen der Lohn- und Entgeltbestandteile oder der Sozialabgaben vorliegen.

Ein Anspruch auf Übertragung oder Beauftragung besteht nicht.

Lehnt der nächstplatzierte Bieter die Übernahme ab oder erfüllt er die Eignungsvoraussetzungen nicht mehr, erfolgt keine weitere automatische Übertragung an nachfolgende Bieter. In diesem Fall ist ein neues Vergabeverfahren durchzuführen.

Abschnitt: Haftung

16. Haftung

16.1 Allgemeine Haftung

Der Auftragnehmer haftet für sämtliche Schäden, die dem Auftraggeber oder Dritten im Zusammenhang mit der Erfüllung des Vertrages entstehen, nach den gesetzlichen Vorschriften.

16.2 Haftung für Erfüllungsgehilfen und Nachunternehmer

Der Auftragnehmer haftet für das Verhalten seiner gesetzlichen Vertreter, Erfüllungsgehilfen, Verrichtungsgehilfen sowie Nachunternehmer wie für eigenes Verschulden.

16.3 Freistellung

Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber von sämtlichen Ansprüchen Dritter frei, die im Zusammenhang mit der vertragsgemäßen Leistungserbringung durch den Auftragnehmer, seine gesetzlichen Vertreter, Erfüllungsgehilfen, Verrichtungsgehilfen oder Nachunternehmer entstehen.

Die Freistellung umfasst auch sämtliche hieraus entstehenden angemessenen Kosten der Rechtsverteidigung.

16.4 Mitwirkungspflichten

Der Auftraggeber wird den Auftragnehmer über geltend gemachte Ansprüche Dritter unverzüglich informieren und ihm sämtliche zur Prüfung, Abwehr und außergerichtlichen sowie gerichtlichen Verteidigung erforderlichen Informationen und Unterlagen zur Verfügung stellen.

Abschnitt: Schlussbestimmungen

17. Sonstiges

17.1 Vertragsbestandteile und Vertragsschluss

Der Vertrag kommt durch die Zuschlagserteilung zustande.

Mit der Abgabe seines Angebots erkennt der Auftragnehmer die Vergabeunterlagen einschließlich der dort enthaltenen Vertragsbedingungen als verbindliche Grundlage des Vertrages an.

Mit der Zuschlagserteilung werden die in Ziffer 17.2 genannten Vertragsbestandteile in der dort festgelegten Rangfolge Bestandteil des Vertrages.

Das Auftragsschreiben dient der Dokumentation der Zuschlagserteilung und der Mitteilung des Zustandekommens des Vertrages.

Eine gesonderte Unterzeichnung eines Vertrages ist für das Zustandekommen des Vertrages nicht erforderlich.

17.2 Rangfolge innerhalb der Vertragsunterlagen

Die Vertragsbestandteile sind in folgender Reihenfolge zu beachten:

- a) die Leistungsbeschreibung einschließlich aller Anlagen,
- b) der vom Auftragnehmer ausgefüllte Fragebogen zur Qualitätssicherung einschließlich der dort zugesagten Qualitätsleistungen,
- c) die Besonderen Vertragsbedingungen gemäß Formblatt 634 VHB Bund,
- d) die Zusätzlichen Vertragsbedingungen gemäß Formblatt 635 VHB Bund,
- e) die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),
- f) das im Vergabeverfahren wertbare und bezuschlagte Angebot des Auftragnehmers.

Soweit ergänzend erforderlich, ist innerhalb der Leistungsbeschreibung folgende Auslegungsregel anzuwenden: Spezifischere und für den jeweiligen Leistungsbereich konkretere Regelungen gehen allgemeineren Regelungen vor.

17.3 Schriftform

Der Abschluss sowie Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages bedürfen der Schriftform gemäß § 126 BGB.

17.4 Ausschluss von Geschäftsbedingungen

Allgemeine und besondere Geschäftsbedingungen des Auftragnehmers werden nicht Vertragsbestandteil, auch wenn ihnen im Einzelfall nicht ausdrücklich widersprochen wurde.

17.5 Gerichtsstand

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist – soweit rechtlich zulässig – der Sitz des Auftraggebers.

17.6 Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder nach Vertragsschluss werden, bleibt die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen unberührt.

Anstelle der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung gelten die einschlägigen gesetzlichen Vorschriften.

Soweit solche nicht bestehen, gilt diejenige Regelung als vereinbart, die dem wirtschaftlichen und rechtlichen Zweck der unwirksamen oder undurchführbaren Bestimmung am nächsten kommt.

Entsprechendes gilt für etwaige Vertragslücken; diese sind durch die gesetzlichen Vorschriften und im Wege der ergänzenden Vertragsauslegung zu schließen.